

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 03.11.2009

PPP-Projekt gescheitert - Von Bayern lernen ...

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages hat jetzt das PPP-Projekt für die Justizvollzugsanstalt Gablingen beendet, weil nach den dort gewonnenen Erkenntnissen der Neubau eines Gefängnisses in dieser Finanzierungsform den Staat letztlich teurer kommt als ein Bau in herkömmlicher Weise in staatlicher Regie. Ein Sprecher des bayerischen Justizministeriums hat hierzu gegenüber dem *Neuen Deutschland* erklärt: „Ein maßgeblicher Grund sind die teurer gewordenen Kredite für die Privatwirtschaft.“ Der Staat komme jetzt günstiger an das Geld, was auch ein Ergebnis der niedrigen Kreditzinsen in der Wirtschaftskrise ist (*ND* vom 2. November 2009).

Die neue Justizvollzugsanstalt in Gablingen ist für 604 Gefangene geplant, der Baubeginn war für Februar 2010 vorgesehen. Ein privater Investor sollte die Haftanstalt bauen, finanzieren und 20 Jahre lang auch teilweise unterhalten. Dafür hätte der Freistaat jährlich etwa 10 Millionen Euro überweisen müssen.

Bei der Entscheidung des bayerischen Haushaltsausschusses wird wohl auch eine Rolle gespielt haben, dass das in Bayern bereits errichtete PPP-Modell des Frauengefängnisses von München-Stadelheim größere Probleme hervorgebracht hat. Nach Auskunft des bayerischen Justizministeriums gebe es sicherheitsrelevante Mängel und intensiven Nachbesserungsbedarf. Der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses in Bayern, Herr Winter, sprach von 40 000 Beanstandungen für die mit 150 Haftplätzen geplante JVA. Wegen dieser Mängel können in dem das Frauengefängnis gegenwärtig nur 80 Plätze belegt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung die in Bayern gemachten Erfahrungen mit den Baumängeln in der JVA Stadelheim bei seinen Planungen für das ÖPP-Projekt Bremervörde ausgewertet, und, wenn ja, welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen?
2. Lässt sich die in Bayern gewonnene Erkenntnis, dass Kredite für die Privatwirtschaft im Verhältnis zu den Krediten, die der Staat bekommen kann, zu ungünstig sind und sich deshalb ein PPP-Projekt im Verhältnis zu einem staatlichen Bau als unwirtschaftlich darstellt, auf Niedersachsen übertragen?
3. Steht die Landesregierung in Kontakt mit den bayerischen Stellen, um die dort gewonnenen Erkenntnisse für Niedersachsen nutzbar zu machen?

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 19.11.2009)